

Mittels eines Präsentationsprogramms gibt StK Knabe nacheinander Erläuterungen zu den Produktgruppen, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallen. Einige Ansätze werden von ihm besonders hervorgehoben. Im Produkt Örtliche Kulturangelegenheiten (1.04.03) enthält Zeile 7 einen Betrag von 62.520 € an Spenden, die genauso wie die Fördermittel zu diesem Zweck für den geplanten Anbau des Heimatmuseums an den Heimatverein weitergeleitet werden. Der Ansatz in Zeile 7 enthält ansonsten 12.000 € Spenden von Sponsoren für das Rathaus Open Air, die Aufwendungen hierfür sind in Zeile 13 enthalten. Das Produkt Musikschulen (1.04.05) enthält lt. Ausführungen des StK in Zeile 2 6000 € Sponsorengeld der Sparkasse Gummersbach, von denen 2000 € für Beitragsermäßigung der Geschwisterkinder und 4000 € zur Überbrückung von Ausfällen durch die Corona-Situation gedacht sind.

Herr Sakowski fragt nach dem Grund der gegenüber dem Vorjahresansatz mehr als verdoppelten Versorgungsaufwendungen (Zeile 12). Herr Knabe erklärt, es handle sich dabei um eine rechnerische Größe, die auf Berechnungen der Rheinischen Versorgungskasse beruhen, die starke Zunahme der Leistungen zur Altersversorgung städtischer Beamter widerspiegeln, mit dem Musikschulpersonal konkret aber nichts zu tun hätten.

Zum Produkt 1.04.06: Bibliotheken merkt der StK an, dass sich die angehobenen Entgeltsätze im gestiegenen Ansatz für Zuwendungen (Zeile 2) wiederfinden, Zeile 13 enthalte Kosten für das neu eingeführte EDV-Bibliothekssystem.

Zum Produkt Seniorenberatung (1.05.01) erwähnt Herr Knabe wie in den Vorjahren die Kostenerstattung durch den Oberbergischen Kreis (Zeile 2).

In seinen Ausführungen zum Produkt 1.05.03: Hilfen bei Einkommensdefiziten stellt der StK dar, dass die Zahl der Leistungsempfänger und damit die Aufwendungen zwar zurückgehen, die Zuwendungen in Form der Pauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Status dieser Leistungsempfänger aber stärker rückläufig sind.

Zum Produkt 1.06.01: Förderung von Kindern in Tagesbetreuung erklärt Herr Knabe auf Frage Herrn Sakowskis zu den Versorgungsaufwendungen nochmals, dass sich dieser Ansatz aus mehreren Komponenten zusammensetzt, dazu gehörten die Zusammensetzung des Personals in diesem Produkt, ggf. Zuordnung einer Person zu mehreren Kostenstellen und eine Rechengröße, die sich aus der Relation von Versorgungsaufwand zu den Personalkosten insgesamt herleite.

Zum Produkt Kinder- und Jugendarbeit (1.03.02) weist der StK darauf hin, dass die Personalkosten zu knapp 200.000 € vom Kreis gegenfinanziert sind (Zeile 2) und die technische Betreuung des Krawinkel-Saals in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht diesem Produkt zugeordnet ist, um eine Klassifizierung als freiwillige Ausgabe zu vermeiden.

Zum Produkt Wirtschaftsförderung (1.15.01) erfolgt der Hinweis des StK auf 10.000 € Jahrespauschale an den Heimatverein für Übernahme von Aufgaben aus dem Touristikbereich.

Die im Investitionsplan unter Produktgruppe 06.02 angesetzten 70.000 € dienen der Anpassung der technischen Ausrüstung des Krawinkel-Saals an aktuelle Anforderungen. In dieser Produktgruppe befinden sie sich aus dem zum Produkt 1.03.02 bereits erläuterten Grund und fehlen nicht am Ansatz für die Kernaufgaben der Kinder- und Jugendarbeit, so der StK auf Nachfrage der Vorsitzenden. Der Bürgermeister erklärt, dass in Corona-Zeiten der Krawinkel-Saal zunehmend als Tagungsstätte gefragt sei; die Technik des Saals habe den sich daraus ergebenden Anforderungen nicht mehr genügt, in diesem Zuge müsse auch die Beleuchtung zeitgemäß erneuert werden.

Stv Dr. Stenschke erscheinen 230.000 € Planungskosten für den Neubau des Übergangsheims Silberg (Investition Produktgruppe 10.08) als hoher Ansatz. Seine Frage nach dem Zustandekommen beantwortet der StK: Demnach werden die Kosten – wie in anderen Bereichen auch – über einen Verrechnungsschlüssel aus den Baukosten ermittelt, u. a. fließen Kosten der Bauleitplanung und des Bauverwaltungsverfahrens ein. Stv Lenz ergänzt, Kosten in dieser Größenordnung seien „absolut im Rahmen“, auch im zeitlichen Vergleich nicht außergewöhnlich, und erinnert an die Kosten der Statik.

Herr Sakowski hält eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen aus sozialen Gesichtspunkten für sinnvoll. StK und BM schildern, dass eine derartige Unterbringung an der Verfügbarkeit geeigneter Wohnungen scheitern bzw. wie in Gummersbach auf die Anmietung eines Hotels hinausgelaufen wäre. Nicht nur seien die Kosten dann höher, auch die Förderung sei an die geplante Unterbringungsform gebunden. Stv Lenz verweist darauf, dass es sich zu einem nicht unerheblichen Anteil der unterzubringenden Menschen um Wohnungslose handle, die zentrale Form sei daher vorzuziehen.

Die Vorsitzende dankt dem StK für seine Ausführungen.